

Wir entlasten darüber hinaus Familien spürbar mit einem weiteren beitragsfreien Kindergartenjahr.

Zudem unterstützen wir sie durch die Finanzierung von flexiblen Betreuungsangeboten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Diese behutsame Flexibilisierung geben wir ganz bewusst in die Hände der Kommunen, damit sie diese Flexibilität bedarfsgerecht vor Ort gestalten können.

Es ist in einem solchen Gesetzgebungsverfahren zu diesem Zeitpunkt ganz normal, dass alle Seiten noch einmal Maximalforderungen aufstellen. Die Gewerkschaften fordern höhere Zuschüsse, die Träger geringere Trägeranteile, die Eltern noch mehr Elternbeitragsfreiheit. Es gehört natürlich zum politischen Betrieb und zu einer lebendigen Demokratie dazu, dass jeder noch einmal seine Interessen nach vorne stellt.

Ich halte es aber für einen großen Erfolg, dass es uns gelungen ist, verschiedene Interessen zusammenzubinden, den Stillstand der vergangenen sieben Jahre zu überwinden und vor allem mit diesem Gesetz einen Gewinner in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, nämlich unsere Kinder. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Minister Dr. Stamp hat die Redezeit der Landesregierung um 1:12 Minuten überzogen. Die Fraktionen bekommen entsprechend verlängerte Redezeiten. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind im Mai 2017 bei der Landtagswahl mit dem Versprechen angetreten, Familien, Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen endlich wieder offensiv zu fördern. Dieses Versprechen lösen wir, CDU und FDP, seit Tag eins unserer Regierungsübernahme konsequent und Schritt für Schritt ein.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf für das neue Kinderbildungsgesetz machen wir einen besonders großen und wichtigen Schritt nach vorne.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Hauptsache, ihr glaubt das selber!)

Besonders groß und wichtig ist er deshalb, weil wir mit dem neuen Kinderbildungsgesetz endlich ein System der Kindertagesbetreuung in unserem Land auskömmlich finanzieren.

Besonders groß und wichtig ist er aber auch deshalb, weil wir mit der auskömmlichen Finanzierung den Weg frei machen für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung, für mehr Flexibilität im System der Kin-

dertagesbetreuung, für bessere Rahmenbedingungen für pädagogisches Fachpersonal – Stichwort „Leitungsfreistellung“ –, für mehr Fachberatung in den Kitas, aber auch bei den Tagespflegepersonen, für mehr Kitaplätze durch unsere Kita-Platz-Ausbaugarantie und für ein weiteres beitragsfreies Kitajahr, das gerade die Familien in Nordrhein-Westfalen spürbar entlastet. Das sind nur einige der Verbesserungen, die mit dem neuen KiBiz in Nordrhein-Westfalen Einzug halten.

Meine Damen und Herren, 1,3 Milliarden Euro – das sind 1.300 Millionen Euro, die wir ab dem Jahr 2020 jährlich und zusätzlich in das System der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen investieren.

(Zuruf von der SPD)

1,3 Milliarden Euro sind eine Summe, die sich die wenigsten vorstellen können – eine Summe, die aber dennoch real ist.

Mit diesem Geld schaffen wir überhaupt erst die finanziellen Voraussetzungen dafür, dass es strukturell besser werden kann:

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: An welchen Haushaltsstellen werden denn die 1,3 Milliarden Euro stehen?)

1,3 Milliarden Euro, davon 1 Milliarde Euro allein für mehr Qualität in den Kitas. Deshalb setzen wir als NRW Koalition und Landesregierung auf eine gezielte Ausbildungs- und Fachkraftoffensive. Die finanzielle Förderung der PIA, der praxisintegrierten Ausbildung, ist ins KiBiz aufgenommen worden. Das ist ein erster wichtiger Schritt.

Der 30. US-amerikanische Präsident Calvin Coolidge hat einmal gesagt: Zuhören ist der halbe Erfolg. – Ich meine, da liegt er völlig richtig: erst zuhören, dann entscheiden und anschließend handeln. Das ist der Dreiklang, mit dem diese NRW-Koalition Politik für sie, Politik mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen gestaltet.

Seit Mai 2017 haben wir im Landtag und bei vielen auswärtigen Veranstaltungen Dutzende Gespräche geführt: mit Eltern, mit Erzieherinnen, mit Erziehern, mit Tagespflegepersonen, mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften und weiteren Organisationen. CDU und FDP haben zwei Werkstattgespräche durchgeführt, die sehr gut besucht waren.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Anschließend war es ein Totalschaden!)

Das letzte Werkstattgespräch hat vor wenigen Tagen genau hier im Plenarsaal stattgefunden: Mehr als 400 Praktikerinnen und Praktiker sind unserer Einladung gefolgt.

Der jetzt in diesem Hohen Haus vorliegende Gesetzentwurf ist deshalb das Ergebnis dieses Zuhörens,

des Miteinander-Redens und des Aufeinander-Zugehens. Ich bin allen sehr dankbar, die konstruktiv und mit viel Herzblut an diesem Prozess mitgewirkt haben.

Ich habe es eingangs gesagt: CDU und FDP sind angetreten, um Familien, Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen endlich wieder offensiv zu fördern. Die Erfolge, die wir dabei erzielt haben, können sich allesamt sehen lassen. Einige Punkte möchte ich stellvertretend nennen:

Wir haben erstens die Familienzentren weiter ausgebaut. Wir haben zweitens die Stärkung der Familienbildung vorgenommen. Wir haben drittens die Absicherung und den Ausbau der präventiven familienbezogenen Infrastruktur gefördert, viertens die finanzielle und auch die ideelle Unterstützung der LSBTI-Community und fünftens die finanzielle Unterstützung von Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch gesichert.

Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz von CDU und FDP investieren wir zusätzlich jährlich 1,3 Milliarden Euro ab dem Jahre 2020 in das System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen:

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das wird nicht wahrer dadurch, dass Sie das wiederholen!)

in mehr Qualität, in mehr Flexibilität, in bessere Rahmenbedingungen, mehr Fachberatung, mehr Kita-plätze und ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr zur Entlastung der Familien in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein großer Wurf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Noch ein letzter Gedanke zu dem Entschließungsantrag der Grünen: Sie haben da einige Wünsche von Beteiligten zusammengeschrieben, ohne allerdings die unterschiedlichen Interessen in Einklang zu bringen.

Zusätzlich haben Sie keinerlei Finanzierungsvorschläge gemacht, wie Sie das in dem vorhandenen Rahmen finanzieren wollen. Als Opposition darf man das; aber man kann dann nicht damit rechnen, dass man Zustimmung bekommt.

Wir werden dem Entschließungsantrag selbstverständlich keine Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kamieth. – Für die Fraktion der SPD hat nun Herr Kollege Dr. Maelzer das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! KiBiz ist Mumpitz. Noch nie waren die Bedingungen

so günstig dafür, diesen Mumpitz zu beenden und die Finanzierung unserer Kitas vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Beifall von der SPD)

Die Steuereinnahmen sind um fast 8 Milliarden Euro höher als zu rot-grünen Zeiten.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Die Kommunen sind wieder bereit, mitzufinanzieren. Der neue Länderfinanzausgleich ist günstiger für Nordrhein-Westfalen. Durch das Gute-KiTa-Gesetz von Franziska Giffey fließen zusätzlich 1,2 Milliarden Euro nach Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, jetzt sind Sie dran: Sie müssen liefern. Was Sie uns hier als Gesetzentwurf vorgelegt haben, sollte vielleicht einmal Ihr Meisterstück sein; doch Ihre Arbeit erfüllt die Erwartungen noch nicht einmal annähernd:

Die Freie Wohlfahrt kritisiert, dass mit dem Vorhaben keine grundsätzliche und grundlegende Neuausrichtung der gesetzlichen Grundlage gelungen ist.

Die Landschaftsverbände erklären, dies sei keine grundlegende Reform. Eine Sockelfinanzierung hätte den Trägern mehr Planungssicherheit gegeben.

Die AWO Niederrhein schreibt: Kein Systemwechsel, hier wird der Status quo verwaltet.

Darum stimmt auch nicht, was eben Herr Kamieth mit Inbrunst vorgetragen hat: Vom Land kommt nicht mehr Geld für Qualität. Es bleibt beim Status quo.

(Beifall von der SPD)

Jegliche Verbesserungen, die sich im Keim hier abzeichnen, kommen durch das Gute-KiTa-Gesetz von Franziska Giffey – sie kommen nicht von Ihnen.

Die Gewerkschaften haben Ihren Referentenentwurf rundweg abgelehnt. Selbst die kommunalen Spitzenverbände, mit denen Sie vorher einen Pakt geschlossen haben, sparen nicht mit Kritik.

Mit anderen Worten: Sie schaffen es, die gesamte Kitalandschaft enttäuscht zurückzulassen. Es ist nicht richtig, hier am Redepult so einfach darüber hinwegzugehen, nach dem Motto, das wären halt die üblichen Forderungen, die in einem solchen Gesetzgebungsverfahren kommen würden.

(Beifall von der SPD)

Eine Zeit lang hatte man wirklich das Gefühl, als könne Schwarz-Gelb vor Kraft kaum laufen. Doch das war lange vor dem Gesetzentwurf, in dem Sie das KiBiz fortschreiben.

Mittlerweile reicht Ihre Kraft noch nicht einmal bis vor die Tür des Landtages. Denn dort standen gestern